

**Bürgerbüro Dortmund**

Marco Bülow, MdB

Brüderweg 10-12

44135 Dortmund

Tel: 0231 - 47 66 99 0

Fax: 0231 - 47 66 99 1

Email: [marco.buelow@wk.bundestag.de](mailto:marco.buelow@wk.bundestag.de)Homepage: [www.marco-buelow.de](http://www.marco-buelow.de)

Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr: 9 bis 13.30 Uhr

Do: 16 bis 19 Uhr

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

die Große Koalition hat Halbzeit und deshalb möchte auch ich Bilanz ziehen und einen Ausblick wagen. Der Mindestlohn war ein Meilenstein und er beweist sich in der Praxis als erfolgreich. Doch darauf darf sich niemand ausruhen. Zunehmend fehlt die sozialdemokratische Handschrift in der Regierung. Wir sitzen im Dauertief. Es gibt viele wichtige Themen, wie z.B. die Flüchtlingspolitik, bei denen wir eine klare Haltung brauchen. In Anbetracht der wachsenden Vermögensungleichheit darf jedoch insbesondere die Sozial- und Steuerpolitik nicht auf Eis gelegt werden. Ich werde dies zu einem Schwerpunkt der nächsten beiden Jahre machen.

Viel Spaß beim Lesen!

**Herausforderungen bei der Flüchtlingspolitik**

Dortmund steht als Drehkreuz für Flüchtlinge in NRW in einer besonderen Verantwortung. Neben den finanziellen geht es vor allem um die sozialen Herausforderungen bei Aufnahme und Integration der Flüchtlinge. Die Hilfsbereitschaft vieler Menschen und Organisationen ist herausragend. Dennoch müssen Flüchtlinge gerechter auf die Bundesländer verteilt und Asylanträge schneller bearbeitet werden. Flüchtlinge, die bei uns bleiben, sollten zum Beispiel Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll seine Sprach- und Integrationskurse auch für Flüchtlinge anbieten.

**Nazis bekämpfen - Rassismus ächten**

Die Aufmärsche und Übergriffe der Nazis sollen die Dortmunder\*innen einschüchtern und Ängste schüren. Wir müssen als wehrhafte Demokraten die Rechten immer wieder bekämpfen.

Auch der Rechtsstaat muss mit aller Härte und Konsequenz gegen Nazis vorgehen und darf nicht, wie bei den Morden der NSU oder beim Rathaus-Angriff, versagen. Deshalb setze mich auch schon lange für ein NPD-Verbot ein.

**Bau des B1-Tunnels zügig umsetzen**

Ich setze mich seit langem für die zügige Umsetzung des Baus des B1-Tunnels ein. Das Projekt ist ins Stocken geraten. Ich habe mich daher an die zuständigen Fachkollegen und an das Ministerium gewandt. Wichtig ist, dass bereits im Vorfeld ein enger Austausch mit den betroffenen Anwohnern erfolgt. Priorität bei der Planung muss auch der Einbau eines speziellen Luftfiltersystems haben, der die Abgase vor dem Austritt aus dem Tunnel herausfiltert.

**Pressemitteilungen der letzten****Wochen:**

[14.10.2015 Bülow gratuliert dem domicil](#)

[05.10.2015 Bundestagsabgeordnete fordern Alternativen zur Amprion-Trasse](#)

[02.10.2015 Sanktionsrechte bei Hartz-IV entschärfen und grundlegend umbauen](#)

[30.09.2015 TTIP-Verhandlungen abbrechen](#)

[30.09.2015 Bund entlastet Dortmund um weitere 6,6 Mio. Euro bei Flüchtlingskosten](#)

[24.09.2015 Wir brauchen einen Lobbybeauftragten im Deutschen Bundestag](#)

[16.09.2015 Planung und Umsetzung des B1-Tunnels vorantreiben](#)

[15.09.2015 Erneuter Tiefschlag für die Demokratie - Wahlbeteiligung alarmierend](#)



**Auch über das Handy zu erreichen!**  
Den QR-Code einfach auf dem Handy einscannen und schon bekommt ihr weitere

**Informationen auf meiner Homepage!**

## Armut wächst – Reichtum auch

Deutschland ist ein reiches Land und hat mit 15,5 Prozent Armutsquote (rund 12,5 Millionen Menschen) ein neues Rekordhoch bei der Armutsquote (Daten Paritätischer Wohlfahrtsverband) erreicht. Auch die Dortmunder Zahlen sind beunruhigend. Die Dortmunder Armutsquote liegt bei 25%. 14.000 Dortmunder\*innen beziehen trotz Arbeit Hartz IV. Im krassen Gegensatz dazu besitzen die 500 reichsten Deutschen zusammen über 653 Milliarden Euro (über das Doppelte vom Bundeshaushalt). Und die Vermögen wachsen. Das reichste Prozent der Deutschen besitzt mittlerweile 31 Prozent des deutschen Vermögens, die reichsten zehn Prozent 63 bis 71 Prozent. Es ist brandgefährlich, dass einige gesellschaftliche Gruppen von der sozialen Teilhabe und dem gesellschaftlichen Aufstieg komplett ausgeschlossen werden. Die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit bleibt besorgniserregend hoch. Wir brauchen in Dortmund vor allem mehr Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor könnte z.B. der sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit entgegenwirken. Um die Armut in den Städten zu bekämpfen, ist es wichtig, Menschen, die in Armut geraten sind, nicht zu stigmatisieren, sondern ihnen zu helfen. Die wachsende soziale Ungleichheit ist mein Schwerpunkt für die nächsten Jahre und sollte eigentlich das zentrale Thema der Politik und insbesondere der SPD werden. Ich habe zu dem Thema ein „Tacheles“ veröffentlicht. Dieses ist auf der letzten Seite zu finden.

## Nein zu drittem Hilfspaket für Griechenland

Vor der Sommerpause gab es im Bundestag eine erneute Debatte und Abstimmung über weitere Finanzhilfen für Griechenland. Ich habe gegen ein drittes Hilfspaket gestimmt, weil ich das vorherrschende neoliberale Politikmodell und die Verschärfung der gescheiterten Sparpolitik in Europa nicht unterstütze. Anstatt zukunftsfähige Lösungen wie einen Schuldenschnitt oder eine Umschuldung vorzuschlagen, wurden Maßnahmen diskutiert, die das Problem nur vertagen und wahrscheinlich ein viertes Hilfspaket

erfordern. Sicher muss auch die griechische Regierung Vorschläge zur Haushaltssanierung und Eindämmung der Steuerflucht einbringen. Doch die Sparpolitik hat die griechische Wirtschaft massiv geschädigt und zu extremem sozialem Elend geführt (siehe <http://www.marco-buelow.de/neuigkeiten/meldung/artikel/2015/august/abstimmung-ueber-ein-drittes-hilfspaket-fuer-griechenland.html>).



## Gründung des Vereins „Demokratie Plus“

Zusammen mit Anke Domscheit-Berg, Gregor Hackmack, Nicol Ljubic, Jagoda Marinic und Anne Straube habe ich im Sommer den Verein „Demokratie Plus“ (siehe [www.demokratie-plus.de](http://www.demokratie-plus.de)) gegründet. Demokratie Plus will Menschen, die sich um unsere Demokratie sorgen, aber auch solchen, die sich längst abgewandt haben, eine Plattform bieten. Ziel ist es, ein Netzwerk aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur miteinander aufzubauen um unsere Demokratie nachhaltig zu



verändern und weiterzuentwickeln. Auf unserem Blog äußern wir uns zu aktuellen politischen Themen, regelmäßig organisieren wir Stammtische und mischen uns in die Politik ein, wie jüngst mit unserem Forderungspapier an die Parteien zur Verbesserung der Wahlbeteiligung (siehe <http://demokratie-plus.de/demokratie-retten/>). Im Juni wurde

Demokratie Plus im Rahmen einer Pressekonferenz in der BöseBubenBar in Berlin vorgestellt.

## Begrenzung des Lobbyismus

Ich setze mich weiterhin für eine Begrenzung des Lobbyismus ein. In diesem Zusammenhang fordere ich schon lange die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Momentan wissen wir weder wie viele Lobbyisten es in Berlin gibt noch kennen wir die Budgets und häufig auch nicht die Auftraggeber von Kampagnen. Wir haben aber ein Recht darauf zu wissen, wer politische Entscheidungen wie beeinflusst (siehe <http://www.marco-buelow.de/neuigkeiten/meldung/artikel/2015/maerz/lobbyregister-jetzt-einfuehren.html>). Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich die Veröffentlichung der Lobbyistenkontakte der Fraktionen. Der Bundestag muss diese offenlegen. Ich habe das immer wieder gefordert und rufe insbesondere meine Fraktion dazu auf, diese Informationen endlich herauszugeben (siehe <http://www.marco-buelow.de/neuigkeiten/meldung/artikel/2015/juni/bundestag-muss-lobbykontakte-offenlegen.html>).

## Vorratsdatenspeicherung höhlt den Rechtsstaat aus

Wir brauchen keine Vorratsdatenspeicherung. Daran ändert auch das unter massivem Druck erzwungene Ergebnis des Parteikonvents nichts. Die Vorratsdatenspeicherung greift tief in unsere Grundrechte ein und höhlt den Rechtsstaat aus. Ihre Wirksamkeit ließ sich bisher nicht nachweisen und die Argumente, die für eine Vorratsdatenspeicherung vorgebracht werden, sind aus meiner Sicht nicht stichhaltig. Nicht umsonst haben das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof die bisherigen Gesetze dazu für gescheitert erklärt. Ich habe mich in meiner Fraktion und in der Partei immer wieder gegen eine Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Nun wurde das Gesetz im Eilverfahren im Bundestag abgestimmt ich habe mit NEIN gestimmt. Dies sogar bevor ein Mitgliederbegehren in der SPD beendet werden konnte. Ich habe zu dem Thema einen ausführlichen Blogbeitrag verfasst, der auf [blog.marco-buelow.de](http://blog.marco-buelow.de) zu finden ist.

**Bei Fracking und Atom auf Seite der Bürger bleiben**

Sowohl bei Fracking als auch bei AKW-Rückstellungen gab es zuletzt sehr kontroverse Diskussionen. In beiden Fällen stehen die Profit-Interessen von einigen wenigen Konzernen gegen die Interessen der Bevölkerung. Die



Rückstellungen der AKW-Betreiber werden wohl nicht ausreichen, die Kosten für Rückbau und Endlagerung vollständig zu decken. Die Unternehmen, die Milliardengewinne mit der Atomenergie gemacht haben, fordern den Rest über Steuergelder zu finanzieren. Das ist nicht hinnehmbar. Auch beim Thema Fracking müssen wir hart bleiben. Die erheblichen Risiken, sei es durch eine Kontaminierung des Grundwassers, Unfälle oder Erdstöße, stehen in keinem Verhältnis zu eventuellen Vorteilen. Ich setze mich daher für das Verbot von Fracking ein. Wir dürfen vor allem die Entscheidung über Fracking nicht – wie von CDU/CSU gewollt – einer Expertenkommission überlassen, sondern sie muss von uns demokratisch legitimierten Volksvertretern im Bundestag getroffen werden.

**TTIP stoppen!**

In der Diskussion über das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP fordere ich einen sofortigen Verhandlungsabbruch, sollten die USA nicht von ihren Positionen abrücken. TTIP steht u.a. für den Abbau von Sozial-, und Umweltstandards, für Intransparenz und die Aushöhlung der Demokratie. TTIP ist ein Freifahrtsschein für Lobbyisten, die das Rechtssystem zu ihren Gunsten aufweichen wollen. Es ist zu befürchten, dass TTIP auch massive Auswirkungen auf Länder und Städte haben wird. Es ist ein Skandal, dass deutsche MdBs die verhandelten Dokumente nicht einsehen können. Wir benötigen kein TTIP, sondern eine ökologisch und sozial nachhaltige Handelspolitik mit politischem

Ordnungsrahmen, transparent und demokratisch.

**Endlich Mindestlohn!**

Es ist ein großer Erfolg, dass es nach jahrelangem Einsatz der SPD endlich auch in Deutschland den überfälligen Einstieg in den Mindestlohn gibt. Seit dem 1. Januar 2015 gilt ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Ca. 3,7 Millionen Menschen profitieren vom Mindestlohn. Mit dem Mindestlohn schützen wir Beschäftigte im Niedriglohnsektor vor Dumpinglöhnen und verringern die Zahl der Arbeitnehmer, die trotz Vollzeitbeschäftigung auf Sozialleistungen angewiesen sind. Ich halte allerdings die Ausnahmen für Langzeitarbeitslose für kontraproduktiv und problematisch. Ausdrücklich unterstütze ich die Forderung u.a. der Gewerkschaft ver.di nach einer Erhöhung des Mindestlohnes auf 10 Euro.

**Im Gespräch**

In Berlin konnte ich mich mit wichtigen Gesprächspartnern über aktuelle Themen austauschen. Z.B. mit Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes über die Sozial- und Verteilungspolitik, mit Gesine Schwan über den Zustand der Demokratie und der SPD oder mit Prof. Dr. Gustav A. Horn, dem Chefökonom der Gewerkschaften über das Thema Reichtum und Armut.



**Besuch der Staatsministerin Aydan Özoğuz in Dortmund**

Auf meine Einladung hin kam die Staatsministerin der Bundesregierung Aydan Özoğuz, zuständig für die Bereiche Migration, Flüchtlinge und Integration, zu Besuch nach

Dortmund. Zunächst fand ein Fachgespräch mit den KollegInnen der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen statt. Diskutiert wurden unter anderem die Fragen: Wie kann uns in Dortmund die Integration der Flüchtlinge am besten gelingen? Wie können wir das dauerhaft finanzieren? Danach haben wir gemeinsam den VMDO e.V. (Verbund sozial-kultureller Migrantenvereine DO e.V.) besucht und uns über deren Arbeit informiert.



**Haftpflichtversicherung bei Hebammen**

Der Beruf der freiberuflichen Hebammen war durch steigende Versicherungsbeiträge gefährdet. Ich habe mich daher auf Bundesebene dafür stark gemacht, dass die Vergütung von Hebammenleistungen so gestaltet wird, dass freiberufliche Hebammen von ihrem anspruchsvollen Beruf angemessen leben können. Bislang konnten leider nur Zwischenlösungen gefunden werden.

**Wir werden Deutschsprecher**

Unter meiner Schirmherrschaft haben angehende Sprachtherapeutinnen der maxQ.-Fachschiule für Logopädie ehrenamtlich an zwei Grundschulen in Dortmund die Grundlagen zur Beherrschung der deutschen Sprache vermittelt. Diese kostenlose Sprachförderung galt den dortigen jungen Rumänen und Bulgaren. Nach Abschluss haben die Schüler ein Zertifikat erhalten. Das Projekt soll bald



**Neue Verantwortung in der Welt**

Auf meine Initiative hin hatten wir die Präsidentin der Welthungerhilfe, Bärbel Diekmann, auf einem SPD-Unterbezirks-Beirat zu Gast. Sie referierte zum Thema „Neue Verantwortung in der Welt“. Hintergrund dieses Beirates sind Diskussionen über Deutschlands „neue Verantwortung“ in der Welt. Unklar ist jedoch, wie diese neue Aufgabe Deutschlands gestaltet werden soll. Viele verbinden damit mehr Bundeswehreinätze und mehr Waffenlieferungen. Wie immer bleiben



die Themen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf der Strecke. Auf dem Beirat hatten wir eine rege Debatte über diese Problematik und haben im Anschluss einen von mir eingereichten Antrag hierzu verabschiedet. Zum Thema habe ich auch ein eigenes Dossier angefertigt, welches man hier findet: [http://www.marco-buelow.de/uploads/media/Dossier\\_Marco\\_Buelow\\_Deutschlands\\_neue\\_Verantwortung\\_in\\_der\\_Welt.pdf](http://www.marco-buelow.de/uploads/media/Dossier_Marco_Buelow_Deutschlands_neue_Verantwortung_in_der_Welt.pdf)  
(Foto: Alex Völkel/nordstadtlogger.de)

**Schulsozialarbeit**

Die Schulsozialarbeit ist ein zentrales Element an Dortmunder Schulen. Ich habe mich vehement für eine Fortführung der Finanzierung durch den Bund stark gemacht. Die NRW-Landesregierung hat die Finanzierung der Schulsozialarbeit für die nächsten drei Jahre übernommen und die Stadt Dortmund stemmt dabei einen Eigenanteil von 20 Prozent. Eine dauerhafte Lösung fehlt, muss aber das Ziel bleiben.

**Wir brauchen eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte**

Das Land NRW plant die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte bei geschlossenen Einsätzen. Damit wäre gewähr-

leistet, dass Fälle rechtswidrigen Handelns einzelner Polizeibeamter rechtlich verfolgt werden können. Diese Kennzeichnungspflicht gibt es schon in vielen Bundesländern. Wir sollten aber darauf achten, dass dann ein größtmöglicher Schutz für die Polizeibeamten gegeben ist.

**Krankenhausreform**

Mit den Dortmunder Krankenhausgeschäftsführern habe ich über das Krankenhausstrukturgesetz gesprochen. Sie kritisieren die mangelhaften Lösungen für die Probleme der meisten Krankenhäuser. Die vorgesehene Streichung des Versorgungszuschlages würde den Dortmunder Kliniken z.B. über 5-6 Mio. Euro entziehen, das wären ca. 110 abzubauenen Vollzeitstellen. Ich setze mich in der SPD für eine Änderung an diesem Gesetz ein.

**Bund muss Dortmund mehr finanziell unterstützen**

Das Ruhrgebiet und damit auch Dortmund braucht weitere finanzielle Hilfen, damit der Teufelskreis aus der strukturellen Krise mit großer Überschuldung, hoher Arbeitslosigkeit, Einsparungen und mangelnden Investitionen verlassen werden kann. Gemeinsam mit den anderen Ruhrgebiets-MdBs haben wir Anfang des Jahres auf meine Initiative ein Positionspapier zur Verbesserung der Kommunalfinzen im Ruhrgebiet verfasst. Wir brauchen zum Beispiel die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, eine andere Steuerpolitik des Bundes, einen Solidaritätszuschlag, der nach Bedürftigkeit verteilt wird und eine dauerhafte und vollständige Übernahme der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen.

**Wer weiterliest, wird erschossen!**

Zum Gedenken an die Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten auf dem Dortmunder Hansaplatz 1933 und zur Mahnung angesichts der aktuellen Hetze von Rechten gegen Journalisten und Politiker fand im Schauspielhaus eine Lesung statt. Auf meine Initiative hin und zusammen mit den anderen Bundestagsabgeordneten haben Mitglieder des Dortmunder Schauspiel-Ensembles Texte der einst verbotenen Autoren vorgelesen.



Mehr dazu: <http://www.marco-buelow.de/neuigkeiten/meldung/artikel/2015/juni/lesung-zum-gedenken-an-die-buecherverbrennung-fuer-presse-und-meinungsfreiheit-unter-dem-titel.html>

**Stiftung Lesen**

Seit einigen Jahren veranstalte ich regelmäßig Lesungen an Dortmunder Grundschulen zum nationalen Lesetag, der jedes Jahr Ende November stattfindet. Diesmal war ich in der Peter-Vischer-Grundschule. Zudem habe ich in diesem Jahr an der Stadt- und Landesbibliothek gelesen und Dortmunder Schülern Lesesets der Stiftung Lesen übergeben. Die Sets enthalten je ein Kinderbuch sowie Tipps zum Vorlesen und Erzählen für Eltern.



**Sehr gut bei Antworten auf Bürgerfragen**

Das Internetportal [abgeordnetenwatch](http://www.abgeordnetenwatch.de) testete Mitte 2015 die Antwortbereitschaft der Mdbs bei Bürgerfragen in Schulnoten. Geprüft wurde, welcher MdB seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 2013 wieviel seiner Fragen beantwortet hat. Unter den 138 NRW-Mdbs habe ich als 14. sehr gut abgeschnitten und bis dato auch alle Fragen beantwortet. Mehr dazu: <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/zeugnisnoten2015>

**Dies ist nur eine kleine Auswahl meiner Tätigkeit in Dortmund und Berlin. Mehr Infos über meine Arbeit können im Büro erfragt oder auf meiner Internetseite eingesehen werden.**

### **Besuche von Ortsvereinen und Stadtbezirken in meinem Wahlkreis**

Meine Besuche in den Ortsvereinen und Stadtbezirken meines Wahlkreises gehören zu den selbstverständlichen Tätigkeiten. In den letzten Monaten habe ich wieder einige Ortsvereine und Stadtbezirke besucht. Ich bitte bei den Einladungen um Verständnis, dass ich nur fest zusagen kann, wenn wir die Terminfindung flexibel gestalten können.

### **Bürgeranfragen / Bürgersprechstunden**

Eine wichtige Aufgabe für mich ist die Beantwortung von Bürgeranfragen. Im letzten Jahr erreichten meine Büros wieder zahlreiche Briefe, Mails und Faxe, in denen mich Bürger\*innen aus meinem Wahlkreis zur Bundespolitik befragten. Die Anfragen beschäftigten sich mit den unterschiedlichsten Sachgebieten: Fragen gab es z.B. zur Umwelt-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik, auch zu speziellen Themen wie TTIP, Vorratsdatenspeicherung oder Demokratie, Lobbyismus und Transparenz. Insgesamt habe ich seit Oktober 2014 auf mehrere Hundert Bürgerschreiben zu Bundesthemen geantwortet. Natürlich habe ich im letzten Jahr wieder Bürgersprechstunden durchgeführt und dies wird natürlich auch so bleiben.

### **Termine im Wahlkreis**

Für meine Tätigkeit als Abgeordneter ist ein enger Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen in meinem Wahlkreis unermesslich. Deshalb habe ich auch in diesem Jahr in den wenigen Nicht-Sitzungswochen des Bundestags Initiativen, Vereine, Institutionen und Unternehmen einen Besuch abgestattet und an Veranstaltungen teilgenommen. So führe ich regelmäßige Fachgespräche mit der Leitung der Agentur für Arbeit in Dortmund über die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Getroffen habe ich mich auch mit der

Staatsministerin Aydan Özoğuz, MdB und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Bericht siehe vorne). Darüber hinaus habe ich u.a. den Verein zur Unterstützung Obdachloser und Menschen in schwierigen Lebenslagen BODO e.V., das Institut für Kinderernährung, das Flüchtlingsheim in der Adlerstr. und das Seniorenheim Mina Sattler Zentrum besucht. Bei der Jahrestagung von B.A.U.M. e.V. durfte ich eine Laudatio auf Umweltpreisträger Volker Hauff halten. Zudem nehme ich weiterhin an Kuratoriumssitzungen der Aidshilfe teil. Im zurückliegenden Jahr habe ich auch wieder an einer Grundschule Kindern vorgelesen.



### **Arbeitskreis Zukunft der Arbeit und Gewerkschaftsrat**

Zusammen mit Andreas Bach leite ich seit Jahren den Arbeitskreis des SPD-Unterbezirks „Zukunft der Arbeit“. Zu zahlreichen Themen haben wir Referenten aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen. Aus den Veranstaltungen sind je nach Sachlage Anträge und Positionspapiere für den SPD- Unterbezirk entstanden. Zu den behandelten Themen gehören: Arbeitnehmerfreizügigkeit in NRW, 175 Tage Mindestlohngesetz, Neue Ökonomie für Dortmund, Industrie 4.0, Wirtschaftliche Entwicklung im Stadtbezirk Nord, Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb, Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt, Für ein Land der fairen Arbeit und Diversity Management in Unternehmen. Ebenso stehe ich im regelmäßigen Austausch mit den Dortmunder Gewerkschaftsvertretern und den SPD-Mandats-trägern. Dabei haben wir u.a. über die Themen Mindestlohn, Minijobs, Kommunalfinzen, Erbschaftssteuer, Arbeitszeitgesetz, prekäre Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik

diskutiert und konnten uns auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen.

### **Homepage, Blog, BülowBogen**

Meine Homepage ist unter der bekannten Adresse [www.marco-buelow.de](http://www.marco-buelow.de) zu erreichen. Hier informiere ich regelmäßig über meine Arbeit in Dortmund und Berlin. Zum Ende diesen Jahres werde ich meine Homepage inhaltlich etwas überarbeiten. Neben Menüpunkten mit Informationen zu meiner inhaltlichen Arbeit im Bundestag, u.a. in den Ausschüssen, ist ein Hauptmenüpunkt der Bereich „Demokratie & Transparenz“. Ich versuche, mit gutem Beispiel voran zu gehen und lege unter „Transparenter MdB“ (im Hauptmenüpunkt „MdB“) meine Verdienste, Vergünstigungen, Lobbytermine sowie meine dienstlichen Reisen offen. Ebenso möchte ich über meine Homepage persönliche Eindrücke meiner Arbeit wiedergeben. Ich würde mich über viele Besuche und Rückmeldungen freuen.

Mir ist es wichtig, die Bürger\*innen (vor allem meines Wahlkreises) kontinuierlich direkt über meine Arbeit und die aktuellen politischen Entwicklungen zu informieren. Neben diesem einmal im Jahr erscheinenden „BülowBogen“ veröffentliche ich daher in unregelmäßigen Abständen mehrmals im Jahr den „BülowBogen Express“ mit einer Übersicht relevanter Informationen und Stellungnahmen. Auf meinem Blog ([blog.marco-buelow.de](http://blog.marco-buelow.de)) gibt es regelmäßig neue Texte und Kommentare. Zu aktuellen, kontroversen Themen beziehe ich dort unter der Überschrift „Tacheles“ Position. Ich biete alle Veröffentlichungen natürlich auch in gedruckter Version an.

### **Twitter, Facebook und Instagram**

Zur politischen Kommunikation nutze ich nahezu täglich, häufig sogar mehrmals am Tag, Twitter und Facebook. Bei Twitter folgen mir mittlerweile über 4100 Nutzer. Ich habe dort im Sommer diesen Jahres meinen 5000. „tweet“ veröffentlicht. Auf Facebook folgen mir sogar ca. 5000 Menschen. Mit meinen Beiträgen habe ich dort schon bis zu 13.800 Nutzer erreicht. Seit kurzem bin ich auch bei Instagram zu finden (<https://instagram.com/poesyrebel/>). Über neue Follower auf meinen Social-Media Profilen freue ich mich!

**Halbzeit in der Großen Koalition**

Ich war nie ein Freund der großen Koalition und leider werden meine Befürchtungen zunehmend bestätigt. Die SPD kommt aus dem Dauertief bei den Umfragen nicht heraus und die meisten Anhänger sind mit der Arbeit der SPD unzufrieden. Selbst am Anfang der Legislaturperiode konnten wir mit unseren Themen, wie z.B. Mindestlohn, kaum punkten. Leider wurde bei vielen Debatten wie der Vorratsdatenspeicherung, TTIP, der Griechenland-Krise und Fracking keine klare Kante gezeigt. Viele Parteimitglieder und Wähler sind enttäuscht, fragen sich, wo der Unterschied zur Union liegt. Die Koalition erstarrt in einer Kompromisspolitik ohne Zukunftsidee. Politik wird mehr und mehr verwaltet. Und der verzweifelte Versuch bei der Flüchtlingspolitik nun einen Streit zu provozieren, ist einfach nur peinlich.

Natürlich muss man die Arbeit insgesamt differenziert bewerten (dazu werde ich bald eine ausführliche Auflistung auf meiner Internetseite veröffentlichen), aber niemand wird bestreiten, dass wir keine zündende Idee haben, uns aus dem Tief zu befreien. Wenn dann sind wir höchstens das kleinere Übel. Wo bleibt eine klare Zielvorgabe, eine Vision? Es gibt z.B. keine Vorschläge für eine Umverteilung in der Steuerpolitik oder die aktive Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und keine Reform der Hartz IV-Sanktionen. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst weiter. Weitere kritische Stichworte sind u.a.: Tarifeinheitsgesetz, Erbschaftssteuer, NSA-Skandal, laxer Bekämpfung des Rechtsextremismus, kein Lobbyregister, keine Maßnahmen gegen die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik (Rüstungsexporte), eine verfehlte Griechenland-Politik und eine strategielose Flüchtlingspolitik.

**Arbeit im Bundestag, Ausschüsse, Sitzungswochen**

In jedem Jahr gibt es über 20 Sitzungswochen (plus Sondersitzungen und Anhörungen), in denen ich in Berlin anwesend sein muss. In der neuen Legislaturperiode arbeite ich als ordentliches Mitglied in den SPD-Arbeitsgruppen Umwelt und Bau und im Umweltausschuss. Hier bin ich

u.a zuständig für das Thema Atom, Energie und Wald. Zudem bin ich Mitberichterstatter für die gerade für Dortmund wichtigen Bereiche Soziale Stadt und Stadtentwicklung. Zusätzlich bin ich stellvertretendes Mitglied in der Arbeitsgruppe und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auch dort habe ich einige Berichterstattungen übernommen. Des Weiteren behalte ich natürlich für den Wahlkreis relevante Themenbereiche wie Arbeit und Soziales im Auge und bleibe als Mitglied in der AG Kommunales an den Diskussionen über die Kommunalfinanzen dran.



**Pressemitteilungen**

Im zweiten Jahr dieser Legislaturperiode habe ich 55 Pressemitteilungen herausgegeben. Schwerpunkte waren die Umwelt- und Baupolitik und die Themen Demokratie, Lobbyismus und Transparenz. Daneben habe ich mich auch oft zu den Themen soziale Ungleichheit, Flüchtlinge und Freihandelsabkommen geäußert. Wichtige Themen für Dortmund waren vor allem die Entlastung bei den Kommunalfinanzen, die Arbeitsmarktpolitik sowie Infrastrukturprojekte. Alle Pressemitteilungen aus diesem Jahr findet man im Pressearchiv auf meiner Homepage unter: [marco-buelow.de/medien-service/pressemitteilungen.html](http://marco-buelow.de/medien-service/pressemitteilungen.html)

**Transparenz und Abgeordnetenkodex**

Transparenz ist ein elementares Gut in unserer Demokratie. Ich setze mich schon lange für eine Offenlegung und Begrenzung der Nebentätigkeiten ein und gehörte zu den ersten Abgeordneten, die sich um Transparenz bemühen. Auf meiner Internetseite veröffentliche ich in der

Rubrik „Transparenter MdB“ (<http://www.marco-buelow.de/mdb/transparenter-mdb.html>) alle meine (Neben-) Einkünfte, meine Vergünstigungen und meine Termine mit Lobbyisten. Daneben habe ich in der letzten Legislaturperiode einen Verhaltenskodex für Abgeordnete erarbeitet, den inzwischen schon über 40 Abgeordnete unterstützen (<http://www.marco-buelow.de/demokratie-transparenz/transparenz-abgeordnetenkodex.html>) Darin verpflichten sich die Parlamentarier zur Offenlegung ihrer Nebentätigkeiten, Reisen und Lobbytermine und zu einer Karenzzeit nach der politischen Karriere. Der Tagesspiegel berichtete im April 2015 in einem großen Bericht über den Kodex (<http://www.marco-buelow.de/neuigkeiten/meldung/artikel/2015/april/verhaltenskodex-fuer-abgeordnete-bleibt-wichtig.html>).

**Besucherguppen**

In Berlin besuchten mich auch im letzten Jahr wieder viele Gruppen. Grundsätzlich ist ein solcher Besuch – bei vorheriger Absprache mit meinem Büro – für jeden möglich. Im letzten Jahr waren es über 20 Besuchergruppen, die nach Berlin kamen, darunter viele Schulklassen und Gewerkschaftern. Bei diesen Treffen stelle ich (oder, wenn ich nicht in Berlin bin, einer meiner Mitarbeiter) meine Arbeit vor und beantworte anschließend Fragen der Teilnehmer. Oft entsteht eine angeregte Diskussion über die unterschiedlichsten Themen, aus der ich viel für meine Arbeit mitnehmen kann.

**Newsletter**

Wer den „BülowBogen“ und „BülowBogen Express“ regelmäßig per Mail erhalten möchte, trägt seine Mailadresse einfach bei „Newsletter“ auf meiner Internetseite ([www.marco-buelow.de/medien-service/newsletter.html](http://www.marco-buelow.de/medien-service/newsletter.html)) ein.

**Alle Texte gibt es in gedruckter Form in meinem Bürgerbüro.**



## Neues vom Blog

Unter [blog.marco-buelow.de](http://blog.marco-buelow.de) veröffentliche ich meine Eindrücke und Meinungen zu bestimmten politischen Bereichen, vor allem aber zum Thema Lobbyismus und Demokratie. Hier sind meine Blogbeiträge des letzten Jahres zu finden.

## Tacheles

### 14. November 2014: Blutleerer Bundestag braucht Radikalkur

Wie kann man die Debattenkultur im Bundestag lebendiger und bürgernäher gestalten? Die Diskussion darum ist erneut entbrannt, doch die meisten Vorschläge greifen zu kurz. Die Defizite sind größer, als viele glauben. Zudem muss man den massiven Einflussverlust des Parlaments mitdenken. [...]

Ganzer Text: <http://blog.marco-buelow.de/2014/11/14/blutleerer-bundestag-braucht-radikalkur/>

### 08. Dezember 2014: Fünf Mythen über TTIP und CETA

<http://blog.marco-buelow.de/2014/12/08/funf-mythen-uber-die-freihandelsabkommen-ttip-und-ceta/>

### 17. Dezember 2014: Transparenz bei Handelsabkommen: Partnerschaftsabkommen mit afrikanischen Staaten muss durch den Bundestag

<http://blog.marco-buelow.de/2014/12/17/transparenz-bei-handelsabkommen-partnerschaftsabkommen-mit-afrikanischen-staaten-muss-durch-den-bundestag/>

### 19. Januar 2015: Mehr Humanität und Prävention – weniger bewaffnete Intervention

<http://blog.marco-buelow.de/2015/01/19/mehr-humanitaet-und-praevention-weniger-bewaffnete-intervention/>

### 11. März 2015: 4 Jahre Fukushima – Die Katastrophe ist aus den Augen, aber absolut nicht beendet

<http://blog.marco-buelow.de/2015/03/11/4-jahre-fukushima-die-katastrophe-ist-aus-den-augen-aber-absolut-nicht-beendet/>

### 30. April 2015: Geisterdiskussion Vorratsdatenspeicherung

Vor allem konservative Politiker neigen bei bestimmten Themen zu immer wieder gleichen Reflexen: Dem Ruf nach „Abschottung“, wenn die Flüchtlingszahlen steigen, und nach mehr innerer Sicherheit bei potentieller Terrorgefahr. Als Allheilmittel wird immer wieder die Vorratsdatenspeicherung angepriesen. Dabei ist sie den Beweis ihrer Nützlichkeit bisher schuldig geblieben. Fest steht allerdings, dass die Vorratsdatenspeicherung in unsere Grundrechte eingreift und damit unsere Rechtsstaatlichkeit und unsere Freiheit einschränkt. [...]

Ganzer Text: <http://blog.marco-buelow.de/2015/04/30/geisterdiskussion-vorratsdatenspeicherung/>

### 06. Mai 2015: Wachstum gehört allein den Vermögenden

Text auf der folgenden Seite

### 07. Juli 2015: Schöne neue Lobbywelt

<http://blog.marco-buelow.de/2015/07/07/schone-neue-lobbywelt/>

### 17. Juli 2015: Es geht nicht nur um Griechenland

Warum ich bei der Griechenland-Abstimmung im Bundestag NEIN sage: Seit Monaten verhandelt die EU mit der griechischen Regierung über finanzielle Hilfen für Griechenland. Die jetzt

gefundene Lösung halte ich für sehr problematisch.

Im Laufe der Verhandlungen ist von beiden Seiten viel Porzellan zerschlagen worden. [...]

Ganzer Text: <http://blog.marco-buelow.de/2015/07/17/es-geht-nicht-nur-um-griechenland-2/>

### 28. August 2015: Schuldenkolonie Griechenland – ein bleibender Auftrag für die plurale Linke

<http://blog.marco-buelow.de/2015/08/28/schuldenkolonie-griechenland-ein-bleibender-auftrag-fur-die-plurale-linke/>

## Notizblock

### 09. Oktober 2014: Das Gejammer über den Zustand der Bundeswehr ist reine Taktik

<http://blog.marco-buelow.de/2014/10/09/das-gejammer-uber-den-zustand-der-bundeswehr-ist-reine-taktik/>

### 17. November 2014: SPD muss beim Investitionsschutz standhaft bleiben

<http://blog.marco-buelow.de/2014/11/17/marco-bulow-zu-ceta-spd-muss-beim-investitionsschutz-standhaft-bleiben/>

### 09. Juli 2015: Wahre Ursachen der niedrigen Wahlbeteiligung angehen

<http://blog.marco-buelow.de/2015/07/09/wahre-ursachen-der-niedrigen-wahlbeteiligung-angehen/>

## Gastbeitrag

### 01. September 2015: Bärbel Kofler: Hilfe für Flüchtlinge beginnt in ihren Heimatländern

<http://blog.marco-buelow.de/2015/09/01/barbel-kofler-hilfe-fur-fluechtlinge-beginnt-in-ihren-heimatlaendern/>



## **Tacheles 06. Mai 2015: Wachstum gehört allein den Vermögenden**

### **Eine aktuelle OECD-Studie zeigt: Ausgerechnet in Deutschland wächst die Kluft zwischen Arm und Reich mit am stärksten – aber wir diskutieren lieber über Maut und Bahnstreik.**

Vergesst die Talkshows, vergesst Jauch, vergesst die Mainstreamökonomien, vergesst Hans-Werner Sinn. Schaut lieber auf die nackten Fakten. Die Reichen in Deutschland werden immer wohlhabender, 60-70 Prozent des Gesamtvermögens ist mittlerweile in den Händen der reichsten 10 Prozent, die reichsten 0,1 Prozent besitzen sogar allein rund 15 Prozent – ein Ende nach oben nicht in Sicht. Die ärmsten 60 Prozent (also inklusive eines Großteils der Mittelschicht) teilen sich laut OECD Sozialbericht 2015 nur 6 Prozent des gesamten Vermögens. Die Mittelschicht schmilzt und immer mehr Kinder und Ältere sind von Armut bedroht, obwohl unsere Wirtschaft wächst und wächst. Deutschland hat einen der höchsten europäischen Gini-Koeffizienten (statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen)! Wo ist die Logik der ordnenden Hand? Was bleibt für den Großteil unserer Gesellschaft? Und warum regen sich darüber so wenige Menschen auf?

### **Deutschlands beschämende Entwicklung zu extremer Ungleichheit**

Die Zahl derer, die in Armut leben oder davon gefährdet sind, steigt alarmierend: 2013 hat die Armutsquote in Deutschland ein Rekordniveau von rund 15,5 Prozent der Bevölkerung erreicht – und das in einem der wichtigsten Industrienationen der Welt. Besonders hart trifft die wachsende Armut in unserem Land Alleinerziehende, Frauen, Erwerbslose und Ältere. Es gibt immer mehr Solo-Selbstständige, die weniger verdienen als mancher Arbeitslose erhält und die kaum über die Runden kommen, aber in keiner Statistik auftauchen. Von den Menschen in Maßnahmen ganz zu schweigen. Immer mehr Menschen leben von Teilzeit- und Minijobs oder hangeln sich von einem zum nächsten befristeten Arbeitsvertrag. Gleichzeitig schrumpft die Mittelschicht

scheinbar unbemerkt und schockierend beständig. Das ist die Gruppe, die im Verhältnis zu ihrem Einkommen die meisten Sozialabgaben schultern muss, während Reiche durch Steuerentlastungen noch zusätzlich begünstigt werden. Nicht nur der Ökonom Piketty hat uns vorgerechnet, dass die Durchlässigkeit von Unten in die Mittelschicht und von dort nach oben kaum noch möglich ist. Die wenigen Vermögenden bleiben unter sich, sichern ihren Wohlstand, meist durch Kapital- und Aktienbesitz und durch Erbschaften. Leistung lohnt sich immer weniger, Einkommen durch Arbeit verlieren gegenüber Vermögenswerten immer mehr an Boden. Atypische Beschäftigungsverhältnisse machen in Deutschland mittlerweile 40 Prozent der Beschäftigung aus. Die OECD sieht darin den hauptverantwortlichen Faktor für die Lohnkluft, die zwischen oben und unten auch immer größer wird.

### **Konzentration von Vermögen und Macht verhindern**

Die Regierung müsste ihre Politik weniger an einflussreichen Lobbyisten ausrichten, sondern die besonders gefährdeten Menschen fördern und die immer größere Ungleichheit bekämpfen. Statt mehr Geld in die Bundeswehr zu stecken und Steuerprivilegien für Wohlhabende zu bewahren, sollten mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur getätigt werden. Vor allem die Kommunen, die weiterhin eine hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit aufweisen, sollten entlastet werden. Alleine mit dem Mindestlohn hat man ein deutliches Zeichen gegen Ungleichheit gesetzt. Er wurde von neoliberalen Ökonomen (allen voran Hans-Werner Sinn), der Union und FDP als Job- und Wirtschaftskiller verteufelt, dabei beweisen auch hier die Zahlen wieder das Gegenteil. Die Wirtschaft wächst weiter und die Arbeitslosigkeit ist seit der Einführung des Mindestlohns weiter zurückgegangen. Zum Nachdenken sollten die Zahlen im Bereich Lobbyismus anregen: 120 Mio. Euro geben Finanzinstitutionen auf EU Ebene für Lobbyarbeit aus. Ohne Frage sind Außenhandelsbeziehungen für eine starke Wirtschaft von wichtiger Bedeutung, nur inwieweit Politik und Wirtschaft miteinander verwoben sind, muss neu

überdacht werden! Handelsabkommen (wie TTIP und CETA), die hauptsächlich mit der Finanzwirtschaft und einigen Multikonzernen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitet werden, verschärfen die Ungleichheit. Die Finanzkrise hat an den Besitzverhältnissen nichts geändert. Im Gegenteil, diejenigen, die sie verursacht haben, vergrößerten ihr Vermögen mittelfristig eher wieder. Die Zeche zahlen die Staaten und damit die normalen Steuerzahler.

### **Armut neu denken und sozialen Ausschluss verhindern**

Es gilt also schlusszumachen mit Nebenschauplätzen! Die zentrale politische Auseinandersetzung muss um den Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden. Die Tendenz zu wachsender sozialer Ungleichheit und steigender Armut in unserem Land muss umgekehrt werden. Dazu darf der Blick nicht nur auf die bloße Wachstumsrate gerichtet werden, sondern vor allem darauf, wer vom Wachstum profitiert. Wir brauchen ein neues Instrument, das dokumentiert, ob es der Bevölkerung mehrheitlich besser geht, ob sie zufriedener wird. Dazu taugt weder die Wachstumsrate und erst Recht nicht der Börsenbericht. Ein mögliches Instrument ist der Gini-Koeffizient, da er Ungleichverteilungen darstellt, als Alternative könnte man auch einen neuen Indikator entwickeln. Der Begriff „Armut“ muss endlich in seiner Komplexität erfasst werden. „Arm sein“ in unserem Land bedeutet nicht nur einen Mangel an finanziellen Mitteln, sondern auch Armut an Chancen, guter Gesundheitsvorsorge, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Kommunikation. Diese Armut bringt das Gefühl von „sozialem Ausschluss“ mit sich und resultiert auch in Politikverdrossenheit. Umwandlung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen, Ausweitung von Vermögens- und Erbschaftssteuern bei gleichzeitiger Entlastung der Mittelschicht und Aufstockung der Hartz-IV-Regelsätze, vermehrte Investitionen in die Infrastruktur, mehr Geld für den sozialen Arbeitsmarkt müssten dem Mindestlohn folgen, damit möglichst viele Menschen vom Wachstum profitieren können. [...] Ganzer Text: <http://blog.marco-buelow.de/2015/05/26/wachstum-gehört-allein-den-vermögenden/>